

## 7. Ausblick

Der im letzten Kapitel herausgestellte Befund zeigt, dass institutionelle Demütigungen in der Arbeit rechtspopulistischer Parteien ein solides Wahlpotential bescheren. Dies ist vor allem für linke Parteien ein Denkmotiv. Schließlich sehen sich diese aus ihrem historischen Selbstverständnis als (Protest-)Parteien der arbeitenden Klassen und Fürsprecher ihres Kampfes um würdevolle Arbeit. Gemessen an den wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Herausforderungen, die sich gegenwärtig aus mannigfaltigen Krisen ergeben, ist nicht davon auszugehen, dass sich dieses (rechts-)populistische Wahlpotential in absehbarer Zeit verringert. Im Gegenteil: Der in dieser Arbeit herausgestellte Zusammenhang zwischen Rechtspopulismus und dem Kampf um Würde in der Arbeit könnte durch die Folgen dieser Krisen weiterhin Bestand haben und möglicherweise noch deutlicher werden.

Erste Prognosen hinsichtlich des Substituierungspotentials von Berufen durch die Entwicklung neuer Technologien zeigen, dass die Arbeitsplatzunsicherheit sowie die Angst vor Arbeitslosigkeit gerade in den arbeitenden Klassen zunehmen könnte (vgl. Denker und Matthes 2018). Auch die Behandlung als Bürger bzw. Arbeitnehmer zweiter Klasse am Arbeitsplatz könnte sich durch die Zunahme neuer Arbeitsformen und Wirtschaftszweigen ausweiten, in denen oft die Betriebsratsarbeit erschwert oder gar unmöglich gemacht wird (vgl. Crouch 2019). Zusammen mit einer seit Jahren negativen Entwicklung von (institutionellen) Mitsprachemöglichkeiten in der Arbeitswelt und einem deutlichem Rückgang an Beschäftigten, die von einem Tarifvertrag profitieren (vgl. Lübker und Schulten 2021, 6), droht ein Zuwachs institutioneller Bedrohungen am Arbeitsplatz sowie der Abbau möglicher Gegenwehrstrategien.

Ob sich das dadurch anwachsende Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen weiterhin und in Zukunft noch stärker in der Wahl der AfD manifestiert oder andere Ausdruckswege findet, bleibt abzuwarten. Erste Untersuchungen belegen, dass das Umfragehoch der AfD im Sommer/Herbst 2023 auch auf die Entwürdigungserfahrungen vieler Beschäftigter an ihrem Arbeitsplatz zurückzuführen ist (vgl. Hövermann 2023).

In der Annahme, dass der hier gezeigte Zusammenhang zwischen (Rechts-)Populismus und den Kämpfen um Würde in der Arbeit weiterhin Bestand hat, werden in diesem Ausblick die Ergebnisse dieser Studie in

eine größere, gesellschaftstheoretische Skizze integriert. Ausgehend von den empirischen Befunden des letzten Kapitels sind dabei zwei Fragen von besonderem Interesse: 1) Welche Schlüsse lassen sich aus der ungleichen Verteilung von institutioneller Demütigung und Gegenwehrstrategien in der Arbeit für die Entwicklung der sozialen Ungleichheit ziehen? 2) Was bedeutet das für eine weitergehende Analyse des Zusammenhangs zwischen Arbeit, Würde und Demokratie?

Die nachfolgenden Ausführungen formulieren Antworten auf diese Fragen. Da es sich bei diesen Antworten um die Erörterung möglicher gesellschaftstheoretischer Entwicklungen handelt, sollen sie als weiterführende Überlegungen dieser Arbeit verstanden werden. Auf diese Weise wird ein Forschungsdesiderat sichtbar, das sich im Anschluss an die zentralen Befunde dieser Arbeit ergibt.

### 7.1. Refeudalisierung

Grundlegendes Ergebnis dieser Arbeit ist, dass im gegenwärtig zu beobachtenden Rechtspopulismus das moralische Unrechtsempfinden der arbeitenden Klassen zum Ausdruck kommt. Wie in der vorliegenden Studie dargestellt, entzündet sich dieses Unrechtsempfinden an der Bedrohung der Selbstachtung vieler Erwerbstätiger am Arbeitsplatz und ihres Kampfes um Würde in der Arbeit.

Als ein wesentlicher Grund für das gegenwärtige Aufleben dieses Unrechtsempfindens wurde der Wandel der Anerkennungsbeziehungen von Arbeit angeführt, der zu einer zunehmenden Polarisierung zwischen hochkomplexen, in der Regel akademischen Arbeitstätigkeiten, auf der einen Seite und den klassischen Ausbildungsberufen sowie der sogenannten Einfacharbeit auf der anderen Seite geführt hat. Die Anerkennungsbeziehungen der Arbeit haben sich deutlich zu Lasten gering qualifizierter Arbeitnehmer verschlechtert. Das zeigt sich nicht nur an der auseinanderdriftenden Lohnschere zwischen *high-* und *semi-/low-skilled* Tätigkeiten, sondern auch in der Tatsache, dass die arbeitenden Klassen deutlich stärker unter institutionellen Demütigungen leiden und um Würde in der Arbeit kämpfen müssen.

Die sich durch diesen Befund aufdrängende Frage lautet, ob der Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen, niedrigem Prestige und institutionellen Demütigungen in der Arbeit insgesamt auf eine Veränderung des

sozialen Ordnungsgefüges moderner kapitalistischer Staaten hinweist. Oder einfacher ausgedrückt: Was ist an diesem Befund neuartig?

Wie bereits in der Diskussion der Erwerbsklassenmodelle in Kapitel 4.1. sichtbar wurde, lassen sich in der Klassenanalyse zwei verschiedene Ansätze erkennen: Während (neo-)marxistische Ansätze davon ausgehen, dass sich in der kapitalistischen Gesellschaft zwei antagonistische Klassen gegenüberstehen, beziehen stärker an Max Weber ausgerichtete Ungleichheitsforschungen neben ökonomischer Ressourcen weitere Merkmale in ihre Analyse der sozialen Ungleichheit mit ein. Um zu untersuchen, inwieweit die ungleiche Bedrohung durch institutionelle Demütigungen in der Arbeit Hinweis für eine veränderte soziale Ordnung ist, ist es hilfreich, auf Webers ursprüngliche Erweiterung der Klassenanalyse einzugehen.

In Übereinstimmung mit Marx orientiert sich Weber in der Klassenanalyse an den ökonomischen Ressourcen einer Person. Klassenlage ist für Weber gekoppelt an die Frage nach dem Besitz ökonomischer Ressourcen (worunter Weber neben Kapital auch Leistungsqualifikationen zählt) sowie den Möglichkeiten, diese Ressourcen zu vergrößern (vgl. Weber 2005, 127). Anders als Marx unterscheidet Weber von der Klassenlage eine weitere Form der sozialen Ungleichheit, die sich nicht aus wirtschaftlichen Ressourcen ableitet, sondern in der es um die Verteilung sozialer Ehre und gesellschaftlicher Wertschätzung geht. Für diese „ständische Lage“ (ebd., 130) ist nicht der Besitz an Ressourcen entscheidend, die auf einem Markt veräußert werden können, sondern die Lebensführung, die Erziehung oder auch die Abstammung einer Person (vgl. ebd.).

Weber war es wichtig hervorzuheben, dass Klassenlage und ständische Lage keineswegs identisch sein müssen, sondern in ihrer grundlegenden Logik einander entgegengesetzt sind:

„Der Markt und die ökonomischen Vorgänge auf ihm kannte, wie wir sahen, kein ‚Ansehen der Person‘: ‚Sachliche‘ Interessen beherrschen ihn. Er weiß nichts von ‚Ehre‘. Die ständische Ordnung bedeutet gerade umgekehrt: Gliederung nach ‚Ehre‘ und ständische Lebensführung und ist als solche in der Wurzel bedroht, wenn der bloße ökonomische Erwerb und die bloße, nackte, ihren außerständischen Ursprung noch an der Stirn tragende rein ökonomische Macht als solche jedem der sie gewonnen hat, gleiche [...] Ehre verleihen könnte.“ (Weber 2005, 687)

Nach Weber ist es das zentrale Kennzeichen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, dass sich die rationale, kalte Logik des Warentauschs und der Marktprinzipien durchsetzt und die alte, feudalistische Ständestruktur

verdrängt. In einer kapitalistischen Gesellschaft bemisst sich soziale Ehre nicht mehr an der Abstammung oder der Frage der Lebensführung, wie es etwa für den Feudalismus typisch war, sondern allein an der ökonomischen Macht einer Person.

Schaut man sich die Entwicklung westlicher kapitalistischer Staaten seit dem Ende des zweiten Weltkriegs an, fällt jedoch auf, dass sich diese kalte Logik des Marktes nie gänzlich durchsetzen konnte. Gerade in der Blütephase der sozialen Marktwirtschaft wurden eine Reihe von institutionellen Verankerungen implementiert, die nicht nur die Klassenlage vieler Menschen verbesserten und für mehr soziale Mobilität sorgten. Einige Institutionen dienten auch direkt der Verteidigung des sozialen Ehrgefühls der arbeitenden Klasse. Dies wurde nicht nur von SPD und den Gewerkschaften initiiert, sondern wurde auch von einem sozialen Flügel der CDU vertreten, der wie das Ahlener Programm der CDU von 1947 verdeutlicht zeitweise sehr einflussreich war.

Die Arbeitnehmerflügel von CDU und SPD wie auch die Gewerkschaften setzten dabei in der BRD der Nachkriegszeit auf eine institutionelle Organisationen von Arbeit, die seit den Arbeiteraufständen um 1848 gefordert worden sind und teilweise bereits in der Weimarer Republik erfolgreich umgesetzt wurden. Dazu zählten neben der demokratischen Mitbestimmung im Betrieb sowie der Tarifautonomie, vor allem die Anerkennung der staatlich unabhängigen Berufsausbildung der (meist handwerklichen) Betriebe. Das sicherte den Fachkräften einen hohen gesellschaftlichen Status. Wie Maurice Glasman schreibt, wären ohne diese konservative, auf Stuserhalt und Ausbau der sozialen Ehre, ausgerichtete Seite der Arbeiterbewegung viele historische Errungenschaften nicht möglich gewesen:

„Although the ideology of the Free Trade Unions (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund – ADGB)<sup>93</sup> was Marxist, at no point did it relinquish its ‚pre-modern‘ aspirations to the recognition of skilled status and active participation in the organizing of industrial production.“ (Glasman 1996, 44)

Der Begriff der Vormodernität („pre-modern“) ist in diesem Kontext nicht streng wissenschaftlich zu verstehen. Vielmehr dient der Begriff in diesem Zitat der Illustration des gewerkschaftlichen Erfolgsrezepts. Dass eine (zumindest formal) auf Fortschritt und Revolution ausgerichtete Organisation

---

93 Der ADGB war von 1919 bis zu seiner Zerschlagung durch die Nationalsozialisten 1933 der Dachverband der Gewerkschaften in Deutschland.

wie der marxistisch ausgerichtete Gewerkschaftsbund gleichzeitig für Absicherungen, Statuserhalt und verbesserte Mitsprache in den kapitalistischen Betrieben agierte, ist nach Glasman nicht als Widerspruch, sondern als wichtiger Grund für die Erfolge der Arbeiterbewegung zu deuten.<sup>94</sup>

Wie die Veränderung der Anerkennungsdynamiken von Arbeit zeigen, sind heute gerade diese „vormodernen“ Institutionen der Statussicherung bedroht. In den Begriffsdefinitionen nach Max Weber ausgedrückt führt das dazu, dass Klassenlage und ständische Lage immer identischer werden: Wer heute eine schlechte Markt- bzw. Klassenlage besitzt, hat weniger Geld zur Verfügung, übt in der Regel eine Tätigkeit aus, die kaum Prestige genießt und sieht sich in seiner Selbstachtung in der Arbeit durch demütigende Arbeitsbedingungen bedroht. Umgekehrt gilt, dass eine hohe Marktlage nicht nur zu deutlich besseren Löhnen führt, sondern auch zu mehr Prestige sowie besseren, nicht-demütigenden Arbeitsbedingungen. Mit Blick auf die Entwicklung der sozialen Ungleichheit kann also festgehalten werden, dass wir gegenwärtig eine Zuspitzung der Gesellschaft in Klassen erleben. Diese Zuspitzung zeigt sich eklatant in der zunehmenden materiellen Ungleichheit und der verringerten sozialen Mobilität. Gleichzeitig kommt es zu einer Neu- und Ungleichverteilung des sozialen Ehrgefühls. Die ständische Ordnungslogik ist nicht verschwunden, sondern wird immer identischer mit der Klassenlage.<sup>95</sup>

Diese Veränderungen lassen sich im Anschluss an Sighard Neckel als eine „Refeudalisierung des modernen Kapitalismus“ (vgl. Neckel 2016) beschrieben. Mit dem Begriff der Refeudalisierung versucht Neckel, eine „paradoxe Modernisierung des Kapitalismus“ (ebd.) zu fassen. Diese Modernisierung sei paradox, da kapitalistische Strukturen fortbestehen, zugleich sich jedoch beobachten lasse, dass es ein Rückfall in alte, feudale Strukturen gebe.

94 Das Urteil über die Erfolge des ADGB ist gespalten. Kritiker bemängeln, dass die Erfolge in Sachen Mitbestimmung, z.B. im Betriebsrätegesetz von 1920, nicht weit genug gegangen sind. Zudem ist Gegenstand der Diskussion, inwieweit der ADGB zu passiv und zögerlich auf das Emporkommen des Nationalsozialismus reagiert hat (vgl. Wehler 2010, 377-381). Der Historiker Hans-Ulrich Wehler hält jedoch fest, dass „die Weimarer Republik [zeigte], welche Fortschritte die deutsche Gewerkschaftsbewegung in einem hochindustrialisierten Staat hatte erkämpfen können. Daran konnte sie seit 1949 wieder anknüpfen (Wehler 2010, 381).“

95 In Julia Friedrichs Porträt der *working class* in Deutschland wird diese doppelte Verachtung von einer Reinigungskraft prägnant auf den Punkt gebracht: „Die schlechten Arbeitsbedingungen und dann noch der fehlende Respekt, das ist der doppelte Arschtritt (Friedrichs 2021, 60).“

Auch in der Analyse des Wandels der Anerkennung von Arbeit und der ungleichen Verteilung sozialer Ehre in der Arbeit lässt sich eine solche paradoxe Modernisierung erkennen. Die für bürgerlich-kapitalistische Gesellschaften charakteristische Aufteilung in zwei Klassen, die sich aus der „offenen, unverschämten, direkten, dünnen Ausbeutung“ (Marx/Engels 2008 [1848], 84) ergeben, besteht fort und spitzt sich zu. Zusätzlich erleben wir, dass sich an die Klassenlage eine ständische Lage knüpft, die sich durch Demütigungen sowohl in der Gesellschaft als auch in den konkreten Arbeitsbedingungen zeigen.

Angesichts dieser zunehmenden Refeudalisierung der Gesellschaft stellt sich die Frage, was die Bedrohung der Würde vieler Erwerbstätiger durch institutionelle Demütigungen in der Arbeit über den Zustand aktueller Demokratien aussagt, und mit welchen Mitteln eine soziale und demokratische Politik darauf reagieren sollte. Wie der Hinweis auf die konservative Seite der Statuspolitik durch Parteien und Gewerkschaften in der Nachkriegszeit in Westdeutschland angedeutet hat, könnte eine Neujustierung sowie Ausdehnung eben jener institutionellen Errungenschaften in der Organisation von Arbeit eine Antwort darauf sein. Eine intensivere Auseinandersetzung mit der kulturellen Bedeutung von Arbeit für die Demokratie ist dafür jedoch zentral.

## 7.2. Arbeit, Würde und Demokratie

Die formale Achtung der Würde des Menschen ist ein zentrales Kennzeichen liberaler Demokratien. Daher kommt dem Verlust der Würde auch einer Gefährdung der Demokratie gleich (vgl. Fukuyama 2019). Nach Francis Fukuyama hat neben Globalisierungsprozessen und wirtschaftlichen Deregulierungsmaßnahmen paradoxerweise auch eine immer weitreichendere Demokratisierung der Würdepolitik zur Fragmentierung vieler liberaler Gesellschaften beigetragen. Denn in gegenwärtigen liberalen Demokratien lasse sich beobachten, dass sich immer mehr Gruppenidentitäten feindselig gegenüberstehen, die alle für sich und vielmals gegeneinander Würde und Achtung einklagen (vgl. ebd., 194). So wichtig und nachvollziehbar diese Kämpfe um Würde im Einzelnen auch sind, sieht Fukuyama hier die Gefahr aufkommen, dass ein gemeinsamer Nenner zunehmend verloren geht und der vielbeschworene Kitt einer demokratischen Gesellschaft an dem Kampf um Anerkennung immer kleinerer Identitätsgruppen zerbröselt (ebd.). Eine rechte Politik antworte auf diesen Zustand der

Fragmentierung mit xenophoben und nationalistischen Politikgehalten, die scheinbar einfache Lösungen anbieten und keinen Hehl daraus machen, mit dem Ideal der bedingungslosen Achtung des Einzelnen radikal zu brechen (vgl. ebd. 199). Linke Parteien würden wiederum jeglichen Versuch der kollektiven demokratischen Erzählung als potentiell diskriminierend ablehnen und damit rechtspopulistischen Narrativen nichts entgegenzusetzen können (vgl. ebd., 200).

Ergänzen lässt sich diese von Fukuyama ausgemachte Aushöhlung des Zusammenhangs zwischen Würde und Demokratie durch eine links-liberale Würdepolitik, in der zwar ununterbrochen an Respekt und Würde appelliert wird, diese Begriffe aber nicht mit politischen Inhalten gefüllt werden. Die Rede von Würde und Respekt in Politik und Öffentlichkeit dient unterschiedlichen Interessen und angesichts des inflationären Gebrauchs der Begriffe ist es nicht verwunderlich, dass viele kritische Kommentatorinnen darin nicht mehr als ein „billiges Ablenkungsmanöver“ vermuten (vgl. Karamegi und Schwerdtner 2021).

Doch wie in der vorliegenden Untersuchung deutlich werden sollte, kommt gerade dem Kampf um die Würde in der Arbeit für den Zusammenhang zwischen Würde und Demokratie eine zentrale Bedeutung zu. Denn entgegen des universalistischen Ideals von Würde, ist die Würde in der Arbeit keineswegs allen garantiert. Im Gegenteil, in einigen besonders drastischen Fällen scheint es fast so, als gelte der Anspruch auf Achtung der Würde in der Demokratie nur außerhalb der Arbeitswelt. Die Forderung nach einer Demokratisierung der Wirtschaft, in der die Würde eines jeden Beschäftigten geachtet wird, ist somit eine zentrale Voraussetzung für die Achtung der Würde aller in der Demokratie.

Es liegt daher auf der Hand, auf die in dieser Arbeit ausgemachten institutionellen Demütigungen in der Arbeit politische Antworten finden zu wollen: Um dem Kontrollverlust in der Arbeit entgegenzuwirken, müssen gerade *semi-* und *low-skilled* Arbeiterinnen wesentlich besser bezahlt werden. Um die Angst vor Arbeitslosigkeit zu mindern, könnte zudem verstärkt über die Etablierung von Ausbildungsplatz- und staatlichen Jobgarantien (vgl. Tcherneva 2020), oder einer Umsetzung eines substantiellen Rechts auf Arbeit nachgedacht werden (vgl. Pfannkuche 2015). Besonders monotone, aber gesellschaftlich notwendige Arbeiten könnten zudem über eine Jobrotation gesellschaftlich aufgeteilt werden (vgl. Gomberg 2007). Auch höherqualifizierte Beschäftigte müssten dann für einen bestimmten Zeitraum ‚einfache Tätigkeiten‘ verrichten. Niedriger Qualifizierte hätten damit die Möglichkeit, sich weiterzubilden und besseren Arbeitstätigkeiten

nachzugehen. Gegen die Behandlung als Bürgerin bzw. Arbeiterin zweiter Klasse müssen zudem die bewährten Institutionen der Mitbestimmung im Betrieb sowie die Tarifautonomie gestärkt und ausgebaut werden. Hier muss besonders das Mandat der Gewerkschaften gestärkt werden, etwa indem die Tarifflicht oder der Abbau von Mitbestimmung durch Arbeitgeber staatlich sanktioniert wird. Diese Liste an notwendigen Reformmaßnahmen lässt sich natürlich fortsetzen und die Dringlichkeit einer politischen Umsetzung dieser Forderung sind angesichts der sich verschlechternden Arbeitsverhältnisse und der zunehmenden Polarisierung des Arbeitsmarkts offensichtlich.

Ob diese Maßnahmen auch rechtspopulistischen Parteien den Wind aus den Segeln nehmen, ist dagegen offen. Eine politische Linke, die selbst zur Verachtung der arbeitenden Klassen neigt (vgl. Baron 2016), trägt aber in jedem Falle weder zur Verbesserung des wirtschaftlichen und kulturellen Status der arbeitenden Klassen bei, noch stellt sie eine ernsthafte Herausforderung für den Rechtspopulismus dar. Insbesondere für linke Parteien ist daher der Fokus auf Würde und Arbeit von zentraler Bedeutung.

Die gegenwärtig häufig zu beobachtende Ignoranz gegenüber dieser Thematik resultiert auch aus einer theoretischen Leerstelle einer kritischen Gesellschaftstheorie, die zumindest in der Vergangenheit als intellektueller Stichwortgeber zeitgemäßer linker Politik verstanden wurde. Diese Leerstelle hat vermutlich historische Gründe. Denn eine Auseinandersetzung mit der moralischen Bedeutung von Arbeit darf, wie Oskar Negt schreibt, keinen Bogen um die historische Perversionen eben dieses Zusammenhangs machen:

„Die Parole ‚Arbeit macht frei‘ an den Höllentoren zu den Konzentrationslagern verhöhnnte ja nicht nur die Opfer in unglaublicher Weise, sondern macht es uns auch schwer, den Arbeitsbegriff aus seinen tödlichen und entwürdigenden Umklammerungen zu lösen. Jeder verharmlosende oder gar ästhetisierende Gebrauch des historisch bestimmten und ausgefüllten Begriffs verbietet sich seitdem.“ (Negt 2020, 474)

Möglicherweise ist es diesem schwierigen Unterfangen geschuldet, den Arbeitsbegriff aus „seiner tödlichen und entwürdigenden Umklammerung zu lösen“, dass in den wenigen existierenden sozialphilosophischen Auseinandersetzungen mit dem modernen Arbeitsbegriff Arbeit nur als eine rein instrumentelle Tätigkeit verstanden wird, die mit Kultur und Identitätsstif-



tung nichts zu tun hat.<sup>96</sup> Einige theoretische Stichwortgeber zeitgenössischer linker Forderungen, etwa eines bedingungslosen Grundeinkommens, sehnen sogar das Ende der herkömmlichen Bedeutung von Arbeit herbei und befürworten einen Exodus aus der Arbeitswelt (vgl. Gorz 2000).

So verlockend dieser Gedanke auch ist, stellt sich hier die Frage, wie überzeugend Rufe nach einem bedingungslosen Grundeinkommen oder einem neuen Arbeitsbewusstsein gerade für diejenigen sind, die um ihren Arbeitsplatz oder würdevolle Arbeitsverhältnisse kämpfen. Die Ergebnisse dieser Studie verdeutlichen dagegen, dass es an den konkreten Kämpfen um Würde in der Arbeit anzuknüpfen gilt. Denn in dem Kampf um würdevolle Arbeit steckt ein kollektives Verlangen, das viele oftmals gegeneinander ausgespielte Gesellschaftsgruppen vereinen könnte. Dieses gemeinsame Narrativ stellt eine konkurrierende Erzählung zu den xenophoben Identitätsstiftungen rechter Akteure sowie den immer kleinteiliger werdenden Anerkennungskämpfen linker Identitätspolitik dar. Den radikalen Kritikern eines Festhaltens am Arbeitsbegriff sei gesagt, dass die Forderung nach würdevoller Arbeit keineswegs einer Kapitulation vor den Zwängen der kapitalistisch organisierten Arbeitswelt gleichkommen muss. Denn in dem Verlangen nach würdevoller Arbeit steckt der Funke eines utopischen Arbeitsbegriffs, den es zu bewahren gilt. In diesem Sinne fordert auch Negt, dass

„die Alternative zum System bürgerlicher Erwerbsarbeit, das uns vielleicht dumm und einseitig gemacht hat, aber in den Produktangeboten auch mit reichhaltigen Mitteln ausgestattet hat, nicht der illusionäre Idealismus der Aufhebung von Arbeit [ist], sondern der Kampf um Vervielfältigung und Erweiterung gesellschaftlich anerkannter Formen von Arbeit, die der Eigenproduktion, der Selbstverwirklichung und dem Gemeinwesen dienen.“ (Negt 2020, 429)

Auch zur Bewahrung dieser Utopie könnte es sich lohnen, den vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Würde, Arbeit und Demokratie weiter nachzugehen.

---

96 Derzeit ist jedoch eine sozialphilosophische Wiederentdeckung des Themas „Arbeit“ erkennbar (vgl. Honneth 2023, Geuss 2023).

